

THÜRINGEN

Rot-rot-grün will neues Jagdgesetz



Foto: Jürgen Wehler

Ausschlaggebend für die Höhe der Schalenwildbestände sollen künftig die Äsungskapazität ihrer Lebensräume im Winter sein.

Die rot-rot-grüne Koalition unter Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, eine Diskussion um das Landesjagdgesetz zu eröffnen, was auf eine Reform hinausläuft. So schwammig diese Formulierung noch ist, so konkret ist die Ankündigung eines totalen Bleischrotverbots. Dass der Bund auf seine Regelungskompetenz im Rahmen des Waffengesetzes hingewiesen hat, interessiert im Freistaat niemanden. Das Schalenwild soll zahlenmäßig auf die im Winter vorhandene Äsungskapazität beschränkt werden, sodass sich ein Fütterungsproblem auch erledigt haben dürfte. Wie man

diese Winteräsungskapazität ermittelt, besonders wenn es sich um das winterwandernde Rotwild handelt, bleibt zurzeit noch ein Geheimnis der Verfasser der Koalitionsvereinbarung.

Weiterhin beabsichtigen die Koalitionäre, die Harzer Karstlandschaft, gemeinsam mit Sachsen Anhalt und Niedersachsen, zu einem großen Biosphärenreservat zu entwickeln.

Ob die eben begonnene Legislaturperiode dazu ausreicht, das Gebiet zu begrenzen, zu kartieren, in den Kommunen zu erörtern und dann auch noch in einem Staatsvertrag mit den beteiligten Bundesländern zu fassen, bleibt ebenfalls offen.